



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

d' Oleire, Herbert: Die Wiederpolitisierung der deutschen
Burschenschaften

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Wiederpolitisierung der deutschen Burschenschaften

Von Dr. Herbert d'Oleire



Die deutschen Burschenschaften haben in einer Berliner Tagung Anfang Januar beschlossen, „eingedenk ihrer Geschichte“ wieder ins politische Leben einzutreten. Dieser Beschluß, der seinerzeit in der Presse eine für akademische Vorgänge verhältnismäßig starke Beachtung gefunden hat, kann auf den Grad und die Bedeutung der Anteilnahme unserer jungen Akademikerschaft am politischen Neuaufbau unter Umständen bestimmenden Einfluß gewinnen. Alle, welche diese Anteilnahme in ihrer Bedeutung für Deutschlands Zukunft nicht gering einschätzen, werden daher Stellung zu ihm zu nehmen haben.

Das politische Bild, welches die deutsche Studentenschaft dem Beschauer darbietet, ist nicht einheitlich. Es gibt nur wenige ausgesprochen politische Gruppen, wie den Ruffhäuserverband der Vereine deutscher Studenten und die neuen sozialistischen Vereinigungen. Das hat seinen Grund in der alten Tradition der deutschen Universitäten, welche den Studenten als lernenden, noch nicht fertigen Menschen auffaßt und seine tätige Anteilnahme am politischen Geschehen für die Zeit nach dem Studium zurückstellt. Auf dem jetzt so viel berufenen Wartburgfest im Jahre 1817 sagte der Hofrat Oken zu den Burschenschäftlern: „Ihr habt nicht zu bereden, was im Staate geschehen soll: nur das geziemt Euch zu überlegen, wie Ihr einst im Staate handeln sollt und wie Ihr Euch dazu würdig vorbereitet. Kurz alles, was Ihr tut, müßt Ihr bloß in bezug auf Euch, auf das Studentenwesen tun und alles andere als Eurer Beschäftigung, als Eurem Wesen fremd, ausschließen, auf daß Euer Beginnen nicht lächerlich werde.“

Ist diese Tradition gut oder soll man jetzt davon abgehen?

Schon während der vormärzlichen Verfolgungen der Burschenschaft hat die Frage, ob man am politischen Leben als Student schon tätig teilnehmen oder sich lediglich auf die spätere Betätigung vorbereiten solle, zu scharfen Auseinandersetzungen in ihr geführt. Wenn heute dieselbe Frage wieder zu lösen ist, so muß sie in drei Unterfragen aufgelöst werden: soll der einzelne Student politisch tätig sein? Soll es die Korporation beziehungsweise der Verein, dem er angehört? Soll es der Gesamtverband, den die Korporationen oder Vereine bilden?

Was Oken sagt, ist für die einzelne Korporation unzweifelhaft richtig. Denn wenn heute ein Verein von Studierenden zu politischen Tagesfragen Stellung nehmen will, so wird er sich unweigerlich irgendeiner politischen Partei verschreiben. Die Entwicklung in Deutschland drängt ja leider dahin, daß jeder Jugendliche schon, wenn er noch gar nicht ins Leben hineingeschaut hat, parteipolitische Scheuklappen trägt und unter politischer Bildung seine Fähigkeit, jederzeit eine Apologetik „seiner“ Partei geben zu können, versteht. Je schwieriger die politischen Probleme in unserer Zeit der Weltwirtschaft werden und je weniger die offiziellen Parteiprogramme diese Probleme zu meistern wissen, um so gefährlicher ist dies. Die Vergiftung unseres innerpolitischen Lebens durch die jännerliche Schlagwortgläubigkeit der Wähler und den demagogischen Ehrgeiz der Parteigeschäftsführer nimmt auf diese Weise in erschreckender Weise zu. Wer wünscht, daß die akademische Schicht ihrem wahren Beruf, durch selbständiges und kritisches Denken Gewißheit zu erringen und nach den Quellen der Erkenntnis zu suchen, treu bleibt, der kann ihre frühe parteipolitische Bindung nicht billigen, ebenso wenig wie es der wahre Vaterlandsfreund kann, der die parteiliche Selbstzerfleischung unseres Volkes beklagt. — Anders dagegen ist die erste Frage zu beantworten: beim Einzelstudenten wird sich die Hinneigung zu einer politischen Partei schon deshalb nicht mehr vermeiden lassen, weil man die Zwanzigjährigen für reif erklärt hat, mit dem Stimmzettel über die Art, wie der Staat zu regieren sei, mitzuentcheiden.

Was für die einzelne studentische Verbindung gilt, das muß, wenn zwar in gemilderter Weise, auch für die studentischen Gesamtverbände gelten. Hier ist das Gremium zwar größer, insolgedessen wird die Gefahr der Gelegenheitspolitiziererei und des Demagogentums geringer sein, aber es ist nicht Sache akademischer Vereinigungen, parteipolitische Tagesarbeiten zu verrichten. Der Satz in dem Rundschreiben des politischen Ausschusses der deutschen Burschenschaft, welches in der ersten Mainummer der „Burschenschaftlichen Blätter“ veröffentlicht ist, verdient deshalb völlige Billigung: „Als Körperschaft in ihrem Verhältnis zu den eigenen Mitgliedern soll sie (die Burschenschaft) dazu dienen, daß diese Mitglieder nicht bloß abstimmen können, wenn sie zwanzig Jahre alt sind, sondern daß sie durch die Kraft ihres Gemeinschaftslebens befähigt werden, aus ihren Reihen der allgemeinen Politik die zielbewußten Führer zu stellen, die notwendig sind.“

Hier ist das Erziehungs- oder Bildungsprinzip mit Recht vorangestellt. Es ist gerade in unserer demokratischen Zeit nötig, dies zu tun. Wir müssen wenigstens in den akademischen Kreisen Politiker erziehen, die über politische Fragen zuerst nachgedacht haben, und dann über sie reden, statt — wie es augenblicklich üblich ist — die Reihenfolge dieser Tätigkeiten umzukehren.

* * *

Was will nun die Burschenschaft, wenn sie beschließt, wieder ins politische Leben einzutreten? Will sie nur erreichen, daß die ihr angehörenden und ihrem Einfluß sonst erreichbaren Studierenden dieses Nachdenken über die Politik nicht verkümmern, wie es vor dem Kriege leider in den weitesten Akademikerkreisen zu beobachten war? Will sie ein Debattierklub für die Ausbildung in der Kunst der öffentlichen Rede sein?

Es hat in der Geschichte der deutschen Studentenschaft eine Zeit gegeben, die ganz in solchen Gedanken lebte: um 1848, als die „Progredvereine“ an die Frankfurter Nationalversammlung eine Adresse mit radikalen demokratischen Forderungen vom sogenannten zweiten Wartburgfest aus richteten. In mancher Hinsicht verfolgt auch die freistudentische Bewegung der neueren Zeit diese Richtung. Die burschenschaftliche Auffassung von dem Wesen des studentischen Gemeinschaftslebens steht diesen Gedanken aber durchaus fern. Der Unterschied ergibt sich zunächst aus dem Charakter der Burschenschaften als Verbindungen (im Gegensatz zum Vereinscharakter der Progredgemeinschaften und der Freistudentenschaften).

Zeiten wie die unsrige, in denen ein äußeres Geschehen mit seiner Schrecklichkeit und Übergewalt an dem inneren Menschen rüttelt, haben in Deutschland immer das Suchen nach einer Weltanschauung zu einem fast inbrünstigen Grübeln verstärkt. So wird heute auch die Frage nach dem Wesen der jugendlichen Gemeinschaft immer wieder erörtert und von neuen Organisationen zu beantworten versucht. Auch wir müssen diese Frage streifen.

Die Zusammenschlüsse der Studenten zu engen Vereinigungen ist eine dem deutschen studentischen Leben eigentümliche und — wie die Erfahrungen der Burschenschaft nicht nur, sondern auch der Freien Studentenschaft gelehrt haben — unausrottbare Erscheinung des akademischen Gemeinschaftsbewußtseins. Unter ihnen gibt es zwei Grundformen: die Verbindungen und die Vereine. Die erste will eine Bildungsanstalt für den Charakter ihrer Mitglieder sein, nimmt sich so deren ganzen inneren Menschen als Arbeitsfeld. Der Verein dagegen beschränkt sich auf eine weniger universale Aufgabe; er wendet sich der wissenschaftlichen oder der sozialen, der politischen, der sportlichen Ausbildung oder der Pflege geselliger Bedürfnisse zu. Die Verbindung will den nur mit intellektueller Ausbildung beschäftigten Studenten durch Pflege der Charaktereigenschaften zum vollen Menschentum ausreifen und die einseitig intellektuelle Ausbildung, welche die Universität gibt, ergänzen. Sie ist also eine Erziehungsgemeinschaft. Zu ihnen gehört die Burschenschaft.

Es gibt nun eine ganz neue Richtung unter diesen Verbindungen, welche jede Parteinahme in politischer, konfessioneller oder wirtschaftlicher Beziehung ablehnt, und ihr Hauptziel darin sieht, in Ergänzung der durch Schule und Haus ausgeübten Erziehung die eigenen inneren Kräfte ihrer Mitglieder zu entwickeln (so der Freideutsche Jugendtag auf dem Hohen Meißner 1913). Ohne eine gemeinsame Weltanschauung von vornherein pflegen zu wollen, betrachtet sie den Boden der Gemeinschaft als einen neutralen, lediglich dazu bestimmt, sich im gegenseitigen Nehmen, Geben und Auseinandersetzen zur subjektiven Harmonie der Persönlichkeit durchzurufen. Es ist viel von der Welt des aus Renaissance und Reformation herausgewachsenen übersteigerten Individualismus des achtzehnten Jahrhunderts in dieser Gedankenwelt, und die Lauterberger Weltanschauungswoche von 1916 hat nicht ohne innere Berechtigung sich auf Fichte berufen, der am Ausgang jener individualistischen Periode als Mittler der Neuzeit stand.

* * *

Es möchte vielleicht scheinen, als seien die oben skizzierten Gedanken zur Politisierung der Studentenschaft auch Kinder dieses Geistes. Das ist richtig und falsch zugleich.

Auch die Burschenschaft hat, als sie entstand, vom Fichteschen Geiste viel in sich getragen; auch für sie schlossen sich Weltbürgertum und Nationalgeist nicht gegenseitig aus; sie schrieb die Gleichberechtigung aller ehrenhaften Studierenden auf ihr Banner; in ihrer Senaer Verfassungsurkunde von 1815, hieß es, der Zweck der Universität könne nur erreicht werden „in Freiheit und Selbständigkeit des Geistes, in ungestörter Bewegung und Regung der Kräfte, in ungefesselter Selbstentwicklung und Selbsttätigkeit der eigentümlichen Charaktere“. Die Freiheit der Meinungen ist in den Reihen der Burschenschaft während ihrer ganzen Geschichte als Grundsatz stark betont worden. Daher rührt die für manchen Außenstehenden vielleicht seltsam erscheinende Tatsache, daß es keinen bestimmten Gesinnungstypus des alten Burschenschafters gibt, während das Korpsstudententum einen solchen herangebildet hat. Der Rahmen des burschenschaftlichen Gesinnungsprogrammes ist so weit, sein Ziel so hoch und mannigfaltig, daß es eine einheitliche gesellschaftliche oder Gesinnungsabstempelung nicht geben kann. Die Burschenschaft hat immer nur den Schmelztiegel gebildet, in den die jugendliche Begeisterung für Vaterland, Ehre und Freiheit immer neues geistiges Edelmetall einwarf. So blieb sie immer wieder jung, den Zeitströmungen angenähert. Arbeiterunterrichtskurse, politische Vortrags- und Diskutierabende, Wanderausfahrten und Rudern, Fußball und Fechten, Bodenreform und Vortruppbewegung, Abschaffung der Bestimmungsmensur und Erneuerung des studentischen Verbindungslebens — all das und noch vieles mehr ist ihren Reihen von Semester zu Semester von neuem erörtert, versucht, verteidigt und bekämpft worden. Was äußerlich als unabänderliche Tradition erscheinen möchte, das ruhte in Wahrheit immer nur auf dem Wollen der wenigen, welche gerade „aktiv“ waren, also der Jüngsten. Die Ziele dieser Gemeinschaft begründeten sich also ständig von neuem. Obzwar überliefert, werden sie täglich neu erworben und erst dadurch innerer Besitz der Jungen.

Darin ist viel von dem Subjektivismus Fichtes. Aber er ist nicht so stark ausgeprägt wie in dem oben gestreiften Freischarprogramm. Die Bindungen sind stärker. Es wird Einordnung in den Gesamtwillen der Gemeinschaft gefordert; eine feste Sitte und die Geschichte eines Jahrhunderts, die Summe der Erfahrungen Zehntausender werden übernommen. Ja, diese Tradition war in den letzten Jahren vor dem Kriege bei allen Korporationen zu lastend, zu unabänderlich geworden. So vergaß zeitweilig auch die Burschenschaft, daß sie keine Dogmen kennt außer einem: dem vaterländischen.

Der nationale Gedanke in der bewußten Art, so wie er das neunzehnte Jahrhundert beherrschte, ist es, den die Burschenschaft bei ihrer Gründung aufnahm, und in die Studentenschaft hineinbringen wollte. Mit Recht sagt jene

burschenschaftliche Veröffentlichung vom Mai dieses Jahres: „Von dieser Eigentümlichkeit unseres ursprünglichsten Wesens als bewusst nationale Körperschaft können wir niemals los, sofern wir Burschenschaft bleiben wollen.“

Noch in Schillers „Xenien“ hieß es:

„Zur Nation euch zu bilden, hofft Ihr Deutsche vergebens;
Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus.“

Erst unter unendlichen Grübeleien und in geistiger Notwehrstellung gegenüber dem bewußt nationalen Denken der benachbarten Staaten rang sich dann im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts der deutsche Nationalgeist aus der weltbürgerlichen Gefinnung los. Die Trägerin dieses im damaligen Deutschland durchaus neuen Gedankens wurde die Burschenschaft. Die Zeit um 1815 brachte es mit sich, daß ihre Kampffront dabei weniger gegen jenen weltbürgerlichen Sinn als vielmehr gegen den eigentlichsten damaligen Feind des deutschen Nationalbewußtseins richtete, den Partikularismus. „Eine Schande ist es“, rief Oken 1817 auf dem Wartburgfest 1817, „durch Studieren es nicht weiter gebracht zu haben als ein Thüringer, ein Hesse, ein Franke, ein Schwabe, ein Rheinländer geblieben zu sein“.

Der bereits vorhandene sittliche, ethische und religiöse Reformwille der Studentenschaft vermählte sich in der Burschenschaft mit dem nationalen. So erhielt jener Reformwille sein Lebensziel, den Dienst am deutschen Volke. Das Streben nach Sittlichkeit, Reinheit des Jünglingskörpers, nach wissenschaftlicher Ausbildung — alles das steht im Dienste des völkischen Zweckes, und selbst das starke religiöse Motiv, welches in der Bewegung mitanklang, hat dem gegenüber keine selbständige Geltung.

„Stolz, keusch und heilig sei,
Gläubig und deutsch und frei
Hermanns Geschlecht,“

sang A. Follen auf dem Wartburgfest. Und Rödiger sagte (nach der Aufzeichnung von H. Ferd. Maßmann, Reclams Universalbibliothek Nr. 5945): „Aber es hat von jeher Menschen gegeben, und gibt noch solcher fort und fort, die — daß ich's wieder kurz nenne — den Gott nicht haben fahren lassen, nach dem alle Seelen durften, und ihn gepredigt haben den Völkern, damit das Reich des ewigen Friedens komme über die Erde, das Reich der Ehre, der Gerechtigkeit und der wahren Frömmigkeit. — Aber die Zeit hat den Tag des ewigen Friedens noch nicht gereift. Auf der Erde stehen noch Völker Völkern entgegen, Kabinetter geschlossen für sich Kabinettern und drängen den Tag des Lichts in die Finsternis zurück, weil sie dem allein Ewigen nicht huldigen, sondern nach dem Eillen und Vergänglichen jagen und so mit ihrem ganzen Wesen verderben früher oder später. — Nach der jetzigen Bildung und Verhältnis des Menschengeschlechts hat nur ein Volk dafür zu sorgen, daß es einig sei, damit die anderen höheren Völker und ihre gedankenlosen Zwingherrn es nicht knechten; daß es einig sei für den ewigen Geist der Ehre und Gerechtigkeit, damit es bestehe herrlich, kräftig und rein, und nicht das Ganze erkrankte und zuschanden werde, wie der einzelne. — Wir haben's endlich eingesehen durch blutige und schändliche Lehren und Züchtigungen, daß wir auch Ein Volk sind und Brüder sein und bleiben sollen, wenn wir nicht ein Spiel werden wollen fremder Gewalttat und Hinterlist, wenn nicht jeder kommende Tag uns wiederum Knechtschaft und Schmach bringen soll. Auch haben wir eingesehen, was alle Geschichte lehrt, was sie uns auch hat fühlen lassen, daß ein Volk nur gesund und herrlich wachse und gedeihe, so es dem Gotte der Gerechtigkeit Tempel bauet auf seinem Boden und in seinem Herzen, wenn es dem wahrhaftigen Geist der Wahrheit dient, daß er es führe.“

Es ist nicht bei den Worten geblieben, die diese „Wallfahrt der Weihe“ nach der Lutherburg zeitigte. Mit Recht sagt Müsebeck (Feste der Hochschule, Nummer 1, Das Wartburgfest 1917, Furche-Verlag 1917), von den Teilnehmern des Wartburgfestes: „Bei aller Heiterkeit und Zukunftshoffnung ahnten sie etwas von dem Märtyrertum, das bald durch ihre Seele zittern sollte.“ Als der

Wiener Kongreß und Metternich und Talleyrand den deutschen Gedanken verriet und die Kleinstaatserei konservierte, als die Confédération Germanique das staatsrechtliche „Monstrum“ blieb, als welches es Busendorf 1667 juristisch definiert hatte, als Österreich, Preußen, Westpreußen und Posen nicht zum deutschen Bunde gehörten, dafür aber die Könige von England, Dänemark und Holland deutsche Bundesfürsten waren, und als alle dem deutschen Gedanken untreu wurden, da blieben sie treu. Als die Demagogerie und der reaktionäre Kampf gegen den mit der damaligen Nationalitätenidee unlöslich verknüpften Wunsch, aus dem fürslichen Absolutismus heraus zum Verfassungsstaat zu kommen, einsetzte, da begann auch die Verfolgung der Burschenschaft. „Die allgemeine Burschenschaft“, schrieb Geng 1819 an Metternich, „ist ein so durchaus verwerfliches, auf so gefährvolle und frevelhafte Zwecke gerichtetes Institut, daß kein Stein davon auf dem andern bleiben darf“.

Es hat ihr zwar nicht an einflußreichen Schützern gefehlt; Karl August von Weimar und Goethe sollen nicht vergessen werden. Aber gerettet hat die Burschenschaft sich selbst.

„Wir woll'n das Wort nicht brechen,
Und Duben werden gleich,
Woll'n predigen und sprechen,
Vom Kaiser und vom Reich“,

sang Schenkendorf. Hunderte haben es, vom Büttel der finstersten Reaktion in den Gefängnissen eingekerkert, nicht abgeschworen. In der an Karl August 1819 gerichteten „Rechtfertigung“ heißt es: „Jetzt ist die Schule geschlossen. Jeder geht hinweg mit dem, was er in ihr gelernt hat; er wird es behalten und es wird in ihm fortleben. Was als wahr begriffen ist vom ganzen, wird auch wahr bleiben im einzelnen. Der Geist der Burschenschaft, sittliche Einheit und Gleichheit in unserem Burschenschaftsleben; der Geist der Gerechtigkeit und der Liebe zum gegenseitigen Vaterlande, das Höchste, dessen Menschen sich bewußt werden mögen, dieser Geist wird dem einzelnen innewohnen und nach dem Maße seiner Kräfte ihn fortwährend zum Guten leiten.“

Trotz der obrigkeitlichen Auflösung blieb die Burschenschaft bestehen und ihren Idealen treu. „Man schalt es Verbrechen, man täuschte sich sehr; die Form kann man zerbrechen, die Liebe nimmermehr, das Haus mag zerfallen — was hat's dann für Not? Der Geist lebt in uns allen, und unsere Burg ist Gott.“ Was dieses Festhalten am deutschen Einheitsgedanken für junge Studenten bedeutet, die von allen verlassen waren, deren Karriere ruiniert schien, denen in obrigkeitlich begünstigten anderen Korporationen Widersacher entstanden, muß man sich klar zu machen versuchen.

Im Jahre 1848 schien die Abrechnungstunde geschlagen zu haben. In der Paulskirche zu Frankfurt saßen über 150 alte Burschenschafter, und einer von ihnen, der Präsident Heinrich von Gagern, bezeichnete als das Ziel der parlamentarischen Arbeit: „Deutschland will Eins sein, Ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter Mitwirkung aller seiner Gliederungen“. Das war burschenschaftlicher Geist. Im bismarckischen Deutschland haben manche geglaubt, auf die 1848er Nationalversammlung hinabschauen zu können, weil sie über das Reden und Verhandeln nicht hinausgekommen sei. Gewiß waren ihre sichtbaren Ergebnisse — leider — gering. Aber wir sollten endlich im Kriege gelernt haben, daß die Politik nicht allein in der Erreichung staatsrechtlicher Formen, sondern auch in der Durchdringung von politischen Ideen ihre Triumphe feiert! Sybel hat recht, wenn er sagt: „Die Richtung, welche die Nationalversammlung dem vaterländischen Sinne gegeben, ist unvertilgbar geblieben und auch eine glücklichere Folgezeit hätte das Gelingen nicht erlebt, wäre nicht durch unser erstes Parlament trotz aller Irrtümer über die Mittel mit so gewaltigem Nachdruck das Ziel dem Volke gezeigt worden: die Freiheit im Innern, die Einheit nach außen!“

* * *

„Eingedenk dieser Geschichte“ ist die Burschenschaft ins politische Leben wieder eingetreten. Die Wege im einzelnen zu finden, liegt ihr ob. Es wird dazu einer erfahrenen und ruhigen Leitung der frischen Kraft bedürfen. Wir begrüßen ihren Beschluß, der in der Zeit tieffter nationaler Not gefaßt wurde und sehen darin den Anfang zur Wiederanteilmahme der Akademikerschaft an der Politik, die sie im Bismarckschen Deutschland sehr zum beiderseitigen Schaden arg vernachlässigt hat.

Die politischen Parteien der Gegenwart werden von der vorstehend skizzierten Art der studentischen Politisierung zwar, wie zu befürchten ist, nicht „restlos“ befriedigt sein. Eine parteipolitische Kerntuppe wird auf diese Weise allerdings nicht geschaffen. Aber vielleicht wird so für eine neue Art inner- und außenpolitischer Gesinnung im deutschen Volke der Grundstein gelegt. Es wäre für unser Volk, dessen innere Uneinigkeit durch den Streit um die Revolution um eine neue Glaubensspaltung vermehrt zu werden droht, eine befretende Tat, wenn die von der Burschenschaft eingedenk ihrer an politischer Weitsicht so reichen Geschichte wieder angebahnte Politisierung der deutschen Studentenschaft diese neue Staatsgesinnung anbahnen könnte.



Schwarzrotgold

Von Professor Dr. Robert Sieger



In dem lehrreichen und vornehmen Aufsatz von Karl Hoffmann in den „Grenzboten“ Nr. 25 vermissen ich eine Würdigung der Bedeutung, die Schwarzrotgold für die Deutschen außerhalb des Reiches, insbesondere in Osterreich, seit 1866 und 1870 annahm und die es heute für sie hat. Ich habe mich darüber während des Krieges in der 166. Dürerbund-Flugschrift in einem Aufsatz, dessen Titel die drei Farben bilden, eingehend ausgesprochen, muß aber hier auch der seitherigen Entwicklung gedenken.

Bis zur Entstehung der schwarzweißroten Reichsfarben hatte Schwarzrotgold auch bei uns die Doppelbedeutung der nationalen und der republikanischen oder demokratischen Farben. Von da ab aber kam immer ausgesprochener die nationale Bedeutung zur Alleinherrschaft. Lag doch in ihr der Gegensatz zum Schwarzweißrot. In dem Maße, als der republikanische Gedanke verblaßte, und in dem Maße, als die bürgerlichen demokratischen Parteien verschwanden, oder jene, die sich noch so nannten, in dem verschärften Gegensatz zwischen liberaler, international angehauchter und ausgesprochen nationaler Weltanschauung sich auf die eine oder andere Seite schlagen mußten, in dem Maße endlich, als die Vertretung republikanischer Ideen auf die internationale Sozialdemokratie übergang und damit ihre Bannerfarbe in deren Rot fand, mußten die schwarzrotgoldenen Abzeichen immer ausgesprochener die großdeutschen werden. Und zwar großdeutsch im Sinne der kulturellen, nicht der politischen Nation. Wer mit Schönerer die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Deutschen Reich unter der Herrschaft der Hohenzollern als unmittelbares politisches Ziel anstrebte, für den konnten, ja mußten die neuen Reichsfarben der geeigneteren Ausdruck seiner Bestimmung werden. In diesem Sinne hat man wohl von „Schwarzweißroten“ im Gegensatz zu „Schwarzrotgoldenen“ gesprochen und gegenüber kurzfristigen behördlichen und polizeilichen Beanstandungen immer nachdrücklicher betont, daß der alte Dreifarbe eine nationale, nicht aber eine staatsrechtlich-politische Bedeutung habe, daß Schwarzrotgold mit Schwarzgelb nicht unvereinbar sei. So wie bei